

Gemeinderat - öffentlich- vom 10.10.2017

2) TOP 1-126/17 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung gefasster Beschlüsse

Beschluss: Die in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. September 2017 gefassten Beschlüsse wurden bekannt gegeben.

3) TOP 1-118/17 Annahme von Spenden - Genehmigung durch den Gemeinderat

Beschluss: Der Annahme der in der Anlage verzeichneten Spenden wird zugestimmt.

(einstimmig)

4) TOP 1-119/17 Haushalt 2018 - Einbringung des Entwurfs

Herr Zoller stellt die Eckdaten des Haushalts 2018 der Stadtverwaltung Donaueschingen mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation vor. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Oberbürgermeister Pauly: Er bedanke sich bei Herrn Zoller für den Vortrag und sei zufrieden über die momentane finanzielle Haushaltslage der Stadt Donaueschingen. Die Steuereinnahmen seien momentan stabil und auf dem höchsten Stand. Es gebe keine Verschuldungen im Kernhaushalt und das Haushaltsjahr 2017 sei momentan ausgeglichen.

Voraussichtlich werde das Haushaltsjahr mit einem Überschuss von ca. einer Millionen Euro abschließen werden können.

Er ermahne jedoch, dass die Gelder im Haushalt diszipliniert ausgegeben werden sollen. Damit seien insbesondere die Investitionen gemeint, die schnellstmöglich von der Stadt Donaueschingen und dem Gemeinderat realisiert werden wollen. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre sei das allerdings in dem Maße, wie es wünschenswert wäre, unrealistisch.

Ein Beispiel für eine anstehende große Investition sei das anstehende Projekt des Neubaus der Realschule. Dieses müsse mit 30 Millionen Euro aus dem laufenden Haushalt finanziert werden. In dem vorliegenden Haushaltsentwurf würden allerdings lediglich bis 2021 20 Mio. EUR finanziert. Es ist dementsprechend zu berücksichtigen, dass in 2022 weitere 10 Mio. anfallen würden, die den Haushalt belasten würden.

Pro Haushaltsjahr wären Investitionen um die 8 Mio. EUR verträglich. Nach den vorliegenden Planungen würden im Jahr 2018 sogar lediglich 6,2 Mio. EUR erwirtschaftet, die für Investitionen zur Verfügung stehen könnten. Im letzten Jahr habe die Verwaltung deshalb vorgeschlagen, einen Investitionsrahmen von um die 8 Mio. EUR festzuschreiben. Diesem Vorschlag habe der Gemeinderat nicht folgen wollen. Für das Jahr 2017 habe der Gemeinderat Investitionen von 12,8 Mio. EUR geplant und insgesamt für den Zeitraum von 2017 bis 2020 44,2 Mio. EUR an Investitionen vorgesehen. Im heute vorliegenden Haushaltsentwurf wären für einen vergleichbaren Zeitraum von 4 Jahren, nämlich von 2018-2021, mit 58,6 Mio. EUR zu rechnen. Das entspräche einer Steigerung von ca. 14,4 Mio EUR.

Es sei der Stadt finanziell, wie auch der Verwaltung organisatorisch, aufgrund der vorhandenen Personalstärke, nicht möglich, den Investitionsplan umzusetzen.

Im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2018 stünden die roten Zahlen für den mittelfristen Haushalt, der 2017 vom Gemeinderat verabschiedet worden sei. Die schwarzen Zahlen stünden für den Haushaltsplanentwurf 2018.

Die Planwerte seien leicht verschoben worden, da die ursprünglichen Planungen für die Verwaltung momentan so nicht umsetzbar seien (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S. 467).

8,49 Millionen Euro würden einen realistischen Rahmen für das Haushaltsjahr 2018 darstellen, da die Möglichkeiten des Bauamts momentan begrenzt seien.

Gründe dafür seien auch, dass beispielsweise im Breitbandbereich, den Eigenbetrieben Wasser und Abwasser und der Konversions- und Entwicklung GmbH Investitionen geplant seien, die ein Volumen von ca. 8 Mio. EUR umfassen. Das seien Investitionen, die neben den Investitionen im Kernhaushalt, zusätzlich umzusetzen seien. Aus diesem Grund hätte auch der Gemeinderat eine Personalstelle für das Tiefbauamt genehmigt, um der Entwicklung der stark zunehmenden Aufgaben fundiert entgegenzutreten zu können.

Mit Hilfe des Haushaltplanentwurfs von 2018 berichte er über die Entwicklung der Neuanmeldungen der Gesamtauszahlungen 2018 ff. Diese sollen im Jahr 2018 auf 2019 von circa 8,5 Millionen Euro auf 11,8 Millionen Euro und 2020 auf 2021 von 16,9 Millionen Euro auf 21,4 Millionen Euro ansteigen. Im Jahr 2022 liege der Betrag der Neuanmeldungen bei 25,7 Millionen Euro.

Das Großprojekt Realschule sei in den Auszahlungswerten teilweise miteingespeist worden, jedoch viele andere Projekte nicht. Das Großprojekt Realschule solle im Haushaltsplan separat betrachtet werden.

Es müsse hinterfragt werden, ob die Realschule überhaupt aus dem laufenden Haushalt finanziert werden könne.

Die Stadtverwaltung werde versuchen, eine realistische Umsetzung der Investitionen vorzunehmen, da viele Großprojekte nicht sofort in einem Haushaltsjahr umgesetzt werden könnten.

Eine Ausgliederung des Eigenbetriebs Breitband und der Konversionsgesellschaft mbH sei wichtig gewesen, um notwendige finanzielle Grenzen in diesen Bereichen zu setzen, da sich diese Betriebe jetzt weitgehend selbst tragen müssten.

Sein Appell an den Gemeinderat laute, bei Investitionen Prioritäten zu setzen, da nicht alle Investitionen umgesetzt werden könnten.

Teil der Haushaltssatzung 2018 sei die mittelfristige Planung der Gesamthaushalte. Damit habe man die Vorgabe, einen realistischen Rahmen für Investitionen zu planen.

Er wünsche sich sichere und konstruktive Haushaltsberatungen, bei denen es möglich sein werde, einen soliden Haushalt und eine realistische Planung vorzusehen.

Die Schwerpunkte der Haushaltsberatungen würden die zukünftigen Investitionen darstellen, die die Entwicklung der Stadt Donaueschingen strategisch darstellten. Trotzdem sei es wichtig die Finanzierbarkeit des Haushaltsplans nicht aus dem Fokus zu verlieren und ein Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen zu schaffen.

Auch bei dem jetzigen Volumen befinde sich die Stadt auf den Weg in die Verschuldung und müsse sich über Fremdkapital finanzieren. Sollte sich die Wirtschaftslage verschlechtern, hätte dies gravierende negative Folgen für den Haushalt der Stadt.

Bei Investitionen müssten immer auch die Folgekosten beachtet werden, so insbesondere, dass von den Abschreibungskosten abgesehen auch Wartungs- und Instandhaltungsverträge mitfinanziert werden müssen. Dies habe Kostensprünge zu Folge, die beispielsweise durch Sparmaßnahmen bei Betriebskosten (z.B. Strom) etwas gemildert werden könnten.

Im Jahr 2016 seien viele Investitionen getätigt worden und trotzdem habe sich die Stadt nicht über Fremdkapital finanzieren müssen. Er bedanke sich für die Disziplin der letzten Jahre beim Gemeinderat sowie bei der Kämmerei, bei ihr insbesondere auch für die Erstellung des Haushaltplanentwurfs. Zudem wolle er den Ortsvorstehern für Ihr Verständnis danken, dass nicht alle Investitionen und damit verbundene Projekte umgesetzt werden konnten.

Er freue sich auf die konstruktive Beratung über den Haushaltplanentwurf.

Am 07.11.2017 sei eine Stellungnahme der jeweiligen Fraktionen zum Haushaltplanentwurf plant. Weiteres Zahlenmaterial werde gerne von der Kämmerei zur Verfügung gestellt.

Stadtrat Blaurock: Er erkundige sich nach dem Zeitpunkt der Steuerschätzungen. Er bitte die Stadtverwaltung, das Investitionsvolumen aus Kapazitätsgründen nicht zu überschreiten.
Er wünsche sich, das Zahlenmaterial des Investitionsprogramms vom 2018 bis 2022 als Microsoft-Excel-Datei zu erhalten.

Herr Zoller: Die Steuerschätzungen würden Anfang November stattfinden, sodass er dem Gemeinderat die Zahlen Ende November 2017 vorlegen könne.

Oberbürgermeister Pauly: Die genehmigten Anträge auf Personalstellenmehrung seien noch nicht in den Haushaltsplanentwurf einkalkuliert worden. Einige dieser Stellen würden auch durch Einnahmen von den Eigenbetrieben und der Konversions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (KEG mbH) gegenfinanziert werden.

Herr Zoller: Der Gemeinderat werde immer über den aktuellen Sachstand unterrichtet. Änderungstabellen würden wie gewohnt dem Gemeinderat vorgelegt. Je näher das Jahr 2018 rücke, desto mehr Änderungen würden eintreffen.

Herr Bunse: Das Budget sei für das Bauamt auf ein vertretbares Maß reduziert worden. Sollten zusätzliche Ausgaben gewünscht sein, so bitte er den Gemeinderat darum, gleichzeitig zu entscheiden, auf welche Ausgabe dann verzichtet werden solle.
Die Möglichkeit, Leistungen im Bauamtsbereich durch Vergaben an externe Dienstleister zu steigern seien begrenzt, da zunächst dem Gemeinderat die jeweilige Vergaben vorgelegt und auch die Ausschreibungen organisiert werden müssten usw. Die externen Ingenieure in Donaueschingen würden heute schon alles das bekommen, was die Stadt auch extern vergeben könne. Das Stadtbauamt könne auch mit der Vergabe von Bauamtsleistungen an Externe kein höheres Budget umsetzen.

Beschluss: Der von der Verwaltung eingebrachte Entwurf des Haushaltsplanes 2018 wird zur Kenntnis genommen.

5) TOP 1-121/17 Eröffnungsbilanz zum 01.01.2015 - Information

Herr Zoller: Er führt anhand der Sitzungsunterlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Oberbürgermeister Pauly: Er bedanke sich bei Kämmerer Zoller für die Einführung in den Tagesordnungspunkt. Er sei beeindruckt, dass nun die Eröffnungsbilanz der Stadt Donaueschingen aufgestellt worden sei. Dies sei aufgrund der Umstellung auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht notwendig gewesen.

Er betone, dass die Umstellung auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht und die Erstellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2015 einen hohen Arbeitsaufwand für die Kämmererei dargestellt hätten und er bitte gerade deshalb um Zustimmung des Beschlussvorschlags der Verwaltung insbesondere zu Ziffer 2.

Stadtrat Kuttruff: Er bedanke sich ebenfalls für die geleistete Arbeit und die Erstellung und Darlegung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2015. Er sei der Ansicht, dass die Ausübung für das Wahlrecht, geleistete Investitionszuschüsse an Dritte und Sondervermögen mit Sonderrechnung, die vor dem 01.01.2015 ausbezahlt würden, in die Eröffnungsbilanz mit aufzunehmen, nicht notwendig und zweckbringend für Städte und Kommunen sei.

Die FDP-Fraktion würde sich sehr über die Eröffnungsbilanz der Stadt Donaueschingen freuen. Dadurch würde das Bild des Haushaltes der Stadt Donaueschingen vollständig und dies sei insbesondere positiv für die zukünftige Haushaltsplanung.

Er wünsche sich zum Zwecke strategischer Haushaltsplanungen, neben der Besprechung des Finanzhaushaltes auch Zeit für weitere Themen wie beispielsweise für die Budgetierung der Ämter.

Stadtrat Blaurock: Er bedanke sich ebenfalls bei der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit. Er sei sich bewusst, dass es einen immensen Arbeitsaufwand insbesondere für die Kämmererei bedeutet habe. Er stimme der FDP-Fraktion zu, habe jedoch noch eine Forderung an die Stadtverwaltung.

Er wünsche sich detaillierte Auskunft über die Erstellung der Eröffnungsbilanz. Ein Beispiel sei die genauere Auskunft über das Abschreibungsverhalten der Stadt.

Er weise darauf hin, dass die mit Hilfe der Sitzungsunterlage vorgelegte Eröffnungsbilanz beim zuständigen Regierungspräsidium nicht genehmigt werde, da diese eine ausführlichere Form verlangen würde. Auch einige Gemeinderäte seien mit der allgemeinen Auskunft über den Haushalt der Stadtverwaltung nicht zufrieden und würden sich einen detaillierten Bericht wünschen.

Er bitte die Kämmererei, den Fraktionen eine detaillierte Bilanz, in dem das Abschreibungsverfahren und – werte sowie Konten genauer dargestellt seien, zur Verfügung zu stellen.

Herr Zoller: Es sei rechtlich vorgeschrieben eine detaillierte Bilanz zu erstellen. Nach der Innenrevisionsprüfung werde der Oberbürgermeister dem Gemeinderat voraussichtlich im Juli 2018 die angeforderte Bilanz vorlegen und zur Feststellung antragen. Die vorliegende Bilanz sei lediglich als Information zu verstehen.

Beschluss:

1. Informationen werden zur Kenntnis genommen.
2. Dem Verzicht auf Ansatz geleisteter Investitionszuschüsse bis zum 31.12.2014 gemäß § 62 Abs. 6 Satz 3 GemHVO wird zugestimmt.

(einstimmig)

6) TOP 4-118/17 Bebauungsplan "Kreistierheim" - Satzungsbeschluss

Herr Tempelmann stellt den Bebauungsplan „Kreistierheim“ Satzungsbeschluss mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation vor. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Beschluss:

Der Bebauungsplan „Kreistierheim“ wird entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Abwägungstabelle nach § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

(einstimmig)

7) TOP 4-117/17 Am Buchberg - Vermarktungsstrategie

Oberbürgermeister Pauly: Er führt anhand der Sitzungsunterlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Er bittet Herrn Tempelmann, dem Gemeinderat die Vermarktungsstrategie zu Kategorie C und D anhand von Beispielen zu erläutern.

Herr Tempelmann stellt den Punkt „Am Buchberg – Vermarktungsstrategie“ mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation vor. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Bei der Vermarktung des Casinos komme es noch einmal mehr auf ein schlüssiges und tragfähiges Konzept an. Zugleich seien mit der Immobilie ungleich mehr Anforderungen verbunden (Denkmalschutz, Verkehrsanschluss, Nachverdichtung) als dies bei anderen Objekten der Fall sei. Bei der Kategorie E werde daher eine konventionelle Vermarktungsform und kein Bieterverfahren bevorzugt.

Bei den Bestandobjekten in der Villingen Straße werde ein Bieterverfahren durchgeführt. Hierbei sei es den Bietern möglich, sich auf der Homepage über die Vermarktungsobjekte und die Teilnahme am Verfahren zu informieren.

Stadtrat Karrer: Er bedanke sich für die Präsentation von Herrn Tempelmann. Bei den Kategorien C und D interessiere er sich für die Gewichtung der einzelnen Faktoren. Die Nutzungskonzepte sowie der Kaufpreis hätten einen maßgeblichen Einfluss auf die Vermarktung.

Er erkundige sich danach, ob bei der Kategorie C Friedhofstraße Wohnungsbau geplant sei und in der Villingen Straße Geschossbau.

Er gehe davon aus, dass im Bebauungsplan auch ein allgemeines Wohnungsgebiet festzusetzen sei.

In der Friedhofstraße müsse es zudem möglich sein, Nutzungen für Gewerbe oder für die ambulante medizinische Versorgung wie zum Beispiel Arztpraxen vorzusehen.

Für Kategorie C sei die Erstellung eines Nutzungskonzepts auch sinnvoll. Dies würde das Gesamtgebiet aufwerten und die Beschaffung von Investoren erleichtern.

Die SPD-Fraktion stelle den Antrag, bei der Anlage 1 der Sitzungsunterlage in der Spalte Auswahlkriterium, Zusatzpunkte, Sozialer Wohnungsbau, anstelle von fünf Gewichtungspunkten bei C Neubau, C Bestand, D Neubau und D Bestand, 15 Punkte zu vergeben. Es sei der SPD-Fraktion wichtig, in diesem Gebiet preisgünstige Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Er erkundige sich, ob für die Erhöhung der Gewichtung bei der Spalte sozialer Wohnungsbau, die Gewichtung der Spalte Auswahlkriterium, Gestaltung der Anlage 1 der Drucksache um 5 Punkte reduziert werden könne.

Stadtrat Blaurock: Bei der Vermarktungsstrategie Kategorie C hätte er ein Verständnisproblem.

Beim Bieterverfahren müssten sich beispielsweise zwei Familien zusammenfinden und bereits ein architektonisches Konzept vorlegen, ohne dass sie mit Sicherheit den Kaufvertrag abschließen könnten.

Herr Tempelmann: Bei der Kategorie C, Friedhofstraße sei kein Nutzungskonzept notwendig, da hier die Nutzung eines noch festzusetzenden Allgemeines Wohngebietes Grundlage eines Bieterverfahrens werde.

Die Kategorien C und D seien von den Investoren abhängig. Denn private Bauwillige würden sich in der Regel bei der Errichtung einzelner Doppelhaushälften oder Reihenhaussegmenten schwer tun. Die vorgesehenen Cluster, die nun eine gemeinsame Vermarktung von bis zu drei Bauplätzen vorsehen würden, seien ursprünglich sogar größer gewesen.

Zur Unterstützung dieser privaten Bauwilligen, habe die Stadtverwaltung überlegt einen Service für die potentiellen Käufer anzubieten.

Die Adressen der Interessenten sollten gesammelt werden und an andere Interessenten weitergeleitet werden.

Die Punktevergabe bei Anlage 1 der Drucksache sei Ermessenssache.

Oberbürgermeister Pauly: Die Erhöhung der Gewichtung von fünf auf 15 Punkte sei auch ohne Abzug eines anderen Kriteriums der Anlage möglich.

Er weise darauf hin, dass formal der Aufsichtsrat der Konversions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (KEG) auch für die Entscheidungen der Vermarktungsstrategie zuständig sei.

Die Stadtverwaltung versuche sich jedoch, ein Meinungsbild des Gemeinderats einzuholen und Empfehlungen für die weiteren Planungen mitaufzunehmen.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die GUB-Fraktion schließe sich der Äußerung der SPD-Fraktion an. Ihr sei ebenfalls die Punktegewichtung im Bereich sozialer Wohnungsbau wichtig. Für mittelständische Familien müsste Wohnraum geschaffen werden, der auch bezahlbar sei.

Die Kriterien energetische Sanierung und nachhaltiges Bauen seien wichtige Aspekte, da diese zukunftsorientiert seien.

Die GUB-Fraktion schlage vor, auch die Gewichtungspunkte für Energetische Sanierung/nachhaltiges Bauen von fünf auf 15 zu erhöhen.

Stadtrat Blaurock: Er widerspreche Oberbürgermeister Pauly. Er sei der Ansicht, dass bei wichtigen Entscheidungen formal die Gesellschafterversammlung der KEG zuständig sei. Ihm sei wichtig, dass hier der Gemeinderat entscheiden dürfe.

Herr Butsch: Er widerspreche Stadtrat Blaurock. Formal sei der Aufsichtsrat für diese Entscheidungen zuständig. Der Aufsichtsrat habe jedoch beschlossen, den Gemeinderat über die Planungen im Konversionsareal zu informieren.

Oberbürgermeister Pauly: Er betone erneut, dass dem Aufsichtsrat der KEG die Meinung des Gemeinderats wichtig sei.

Er fasst die Anträge der SPD- und GUB-Fraktion bezüglich Anlage 1 der Drucksache zusammen.

Auf Vorschlag des Stadtrates Karrer solle das Kriterium Nutzungskonzept die Kategorie C auch mit 10 Punkten gewichtet werden.

Herr Tempelmann: Nach der Besprechung mit den Investoren könne bei Anlage 1 bei Nutzungskonzept, C Bestand mit zehn Punkten gewichtet werden.

Die Baugebiete an der Friedhofstraße würden ein allgemeines Wohnungsgebiet werden, wo auch Gewerbe angesiedelt werden könne. Hier sei aber vermutlich kein Nutzungskonzept mehr notwendig.

Stadtrat Karrer: Er vermute, dass die Ansiedlung einer Arztpraxis im nordöstlichen Bereich des Konversionsareals die Attraktivität des Gebiets steigern werde.

Herr Tempelmann: Arztpraxen seien eher in der südlichen Innenstadt von Donaueschingen gewünscht.

Oberbürgermeister Pauly: Im nordöstlichen Bereich des Konversionsareals liege die Wahrscheinlichkeit der Wohnnutzung bei 90 bis 95 Prozent.

Viele andere Nutzungsmöglichkeiten wie beispielsweise Gewerbe würden ausfallen. Wahrscheinlich wäre die Nutzung von Büros für freie Berufe wie bspw. Architekten und Rechtsanwälte.

Herr Tempelmann: Er lege die Empfehlungen des Gemeinderats dem Aufsichtsrat der KEG vor und werde es mit den Investoren besprechen.

Beschluss:

Der Gemeinderat empfiehlt dem Aufsichtsrat der KEG die Vermarktungsstrategie entsprechend den Anlagen 1 und 2 mit vorgeschlagenen Änderungen in Anlage 1 weiter zu verfolgen.

(einstimmig)

8) TOP 4-121/17 Am Buchberg / Abbrucharbeiten im Strukturbereich - Vergabe

Oberbürgermeister Pauly: Er führt anhand der Tischvorlage in den Tagesordnungspunkt ein,

Herr Tempelmann stellt den Bebauungsplan „Am Buchberg / Abbrucharbeiten im Strukturbereich 1- Vergabe“ mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation und der Tischvorlage vor. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Stadtrat Karrer: Er erkundige sich, ob es im betreffenden Gelände Altlasten gebe.

Herr Tempelmann: Im Boden gebe es keine Altlasten. In den Gebäuden gebe es verschiedene Baumaterialien, die Schadstoffe enthalten.

Beschluss:

1. Die Firma CK Abbruch & Erdbau GmbH, Eislingen, wird mit den Abbruchmaßnahmen im Strukturbereich 1 zum Angebotspreis von 795.821,25 € beauftragt.
2. Der vorgeschlagenen Finanzierung wird zugestimmt.

(einstimmig)

9) TOP 1-125/17 Unterrichtung des Gemeinderats über die Wiederbesetzungen von Stellen

Oberbürgermeister Pauly: Er heisse Herrn Personalratsvorsitzenden Alexander Maier in der Gemeinderatssitzung willkommen und bitte um die Einführung in den Tagesordnungspunkt.

Personalratsvorsitzender Maier: Er führt anhand der Sitzungsunterlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Dr. Wagner: Bei dringenden Fällen würden Wiederbesetzungen von Stellen auch kurzfristig in der Fraktionssprechersitzung besprochen.

Die Fraktionen hätten in der Vergangenheit bei Wiederbesetzung von Stellen immer zugestimmt.

Der Gemeinderat traue der Stadtverwaltung zu, über die Wiederbesetzung von Stellen auch ohne zustimmenden Beschluss, eigenständig zu entscheiden.

Sinnvoll wäre es, den Fraktionen auf Anfrage einen Überblick der Wiederbesetzungen der Personalstellen nach Amt in einem halbjährlichen Turnus zu überreichen.

Die FDP-Fraktion sei mit Variante 2 des Beschlussvorschlags seitens der Stadtverwaltung einverstanden.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die Zustimmungserfordernis seitens des Gemeinderats würde das Verfahren für Wiederbesetzungen nicht zwingend verzögern. Personalabgänge seien der Stadtverwaltung oftmals rechtzeitig im Voraus bekannt, beispielsweise die Eintritte in den Ruhestand.

Wiederbesetzungen seien in der Vergangenheit vom Gemeinderat immer genehmigt worden. Sie schlage vor, Wiederbesetzungen in Zukunft unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ zu beraten.

In der Variante 2 des Beschlussvorschlags müsse der erste Satz wie folgt lauten: „ Die Verwaltung informiert den Gemeinderat durch schriftliche Vorgaben über die *anstehende* Wiederbesetzung...“.

Stadtrat Blaurock: Er wünsche sich, auch über die Wiederbesetzungen der Personalstellen in sozialen Einrichtungen und bei den Technischen Diensten informiert zu werden.

Herr Romer: Er weise Herrn Stadtrat Blaurock darauf hin, dass bei den sozialen Einrichtungen wie beispielsweise bei Kindergärten, gesetzlich ein Personalschlüssel vorgeschrieben sei. Dieser sei von der Stadtverwaltung zwingend zu erfüllen und somit seien die Personalstellen sofort zu besetzen.

Oberbürgermeister Pauly: Der Aufwand den Gemeinderat über die Wiederbesetzungen der Personalstellen in sozialen Einrichtungen und bei den Technischen Diensten zu informieren sei immens. Die Fluktuation sei sehr hoch, da in sozialen Einrichtungen viele Arbeitnehmer die Elternzeit in Anspruch nehmen würden und dort viele Teilzeitkräfte beschäftigt seien. Er schlage Herr Stadtrat Blaurock deshalb vor, bei persönlichem Interesse über den Personalwechsel der städtischen Kindergärten mit Herrn Amtsleiter Romer Kontakt aufzunehmen.

Stadtrat Blaurock: Er erinnere sich an vergangene Sitzungen, bei denen die starke Fluktuation bei den Wasserwerken thematisiert worden sei. Es müsse festgelegt werden, welche Personalbereiche aus dem Beschlussvorschlag herausgenommen werden müssten.

Personalratsvorsitzender Maier: Er weise darauf hin, dass bei den Wasserwerken und den Technischen Diensten die kleinste Fluktuationsrate zu verzeichnen sei.

Oberbürgermeister Pauly: Er bedanke sich bei Herr Personalratsvorsitzenden Maier für die Stellungnahme und versichere dem Gemeinderat, dass anstehende wiederzubesetzende Personalstellen von der Stadtverwaltung kritisch hinterfragt würden.
Er schlage vor, die Variante 2 mit folgenden Änderungen zu beschließen:

„Die Verwaltung informiert den Gemeinderat durch schriftliche Vorlagen über die anstehende Wiederbesetzung jeder Amtsleiter- und Sachgebietsleiterstelle.
Über die Wiederbesetzung der anderen Stellen informiert die Verwaltung den Gemeinderat unter dem Tagesordnungspunkt „Wiederbesetzung von Stellen“ bei Bedarf.
Stellen bei den Technischen Diensten, den Eigenbetrieben und den sozialen Einrichtungen sind hiervon ausgenommen“.

Beschluss:

Die Verwaltung informiert den Gemeinderat durch schriftliche Vorlagen über die anstehende Wiederbesetzung jeder Amtsleiter- und Sachgebietsleiterstelle.
Über die Wiederbesetzung der anderen Stellen informiert die Verwaltung den Gemeinderat unter dem Tagesordnungspunkt „Wiederbesetzung von Stellen“ bei Bedarf.
Stellen bei den Technischen Diensten, den Eigenbetrieben und den sozialen Einrichtungen sind hiervon ausgenommen.

(33 Ja, 1 Enthaltung, 1 Nein)

10) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Stadträtin Weishaar: Sie wolle erfahren wie der aktuelle Entwicklungsstand zu dem Integrationskonzept syrischer Flüchtlinge sei. Der Gemeinderat habe circa vor einem Jahr eine Broschüre erhalten.

Oberbürgermeister Pauly: Er habe erst heute einen Brief an die zuständige Rektorin diktiert. Es sei ein Kontakt mit der Ingenieurskammer Baden-Württembergs sowie der German Jordanian University hergestellt worden. Die Überlegung sei gewesen, einen Campus im Konversionsgelände anzusiedeln. Es hätte hierzu viele Termine gegeben und zahlreiche Gespräche hätten stattgefunden.

Leider habe es bei dem jordanischen und deutschen Rektor einen personellen Wechsel gegeben.

Die neu angestellten Rektoren würden die Idee des Deutschland-Campus nicht forcieren und somit sei das Projekt stärker in den Hintergrund getreten. Die Mittelgeber würden hierzu noch verstärkt damit argumentieren, dass die Standorte bewusst in ganz Deutschland verteilt werden sollten und der Schwerpunkt nicht in Süddeutschland liegen solle.

Zwar werde bezüglich dieses Projekts mit den zuständigen Stellen aktuell noch kommuniziert, jedoch habe sich die Realisierung des Konzepts immer mehr verschlechtert.

Eine weitere Möglichkeit der Integration syrischer Flüchtlinge könnte beispielsweise das Angebot einer Sprachausbildung für Ingenieure darstellen. Aber der Flüchtlingsstrom sei schwächer geworden und es gebe vermutlich nur wenige Ingenieure, die dieses Angebot dann auch nutzen würden. Zudem würde die Umsetzung dieses Angebotes für das Innenministerium einen hohen Arbeitsaufwand darstellen.

Er versichere, aktuelle Informationen oder Neuerung zu diesem Sachstand, unverzüglich dem Gemeinderat mitzuteilen.